

Entwicklung von Schulqualität

Eine bildungspolitische Aufgabe

Von Jürgen Burger

■ Die Behauptung, durch die Erhebung von Massendaten und regelmäßige Tests könne die Schulqualität angehoben werden, ist Bestandteil der Wahlprogramme von SPD, Grünen, CDU und FDP. Begründet wird sie nicht. Es wäre für die Initiatoren auch zu entlarvend, ihre hintergründige Absicht offen zu legen. Vorbild sind Methoden aus Handel und Industrie, bei denen ständig Verkaufs- und Produktionskennziffern der unterschiedlichen Filialen oder Zweigbetriebe erhoben werden. Durch Vergleichsdaten (Rankings) werden sie dann unter Druck gesetzt, aus ihren Beschäftigten mehr herauszuholen, damit der Profit gesteigert wird. Die FDP deutet die beabsichtigte Richtung an, indem sie in ihrem Wahlprogramm die Veröffentlichung der Leistungsdaten der Schulen fordert.

Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb

Konkurrenzdruck als Leistungsantrieb: Mehr fällt den genannten Parteien und der Bildungsbehörde nicht ein. Aber – wie ein Aufruf von kritischen Erziehungswissenschaftler*innen vor einigen Jahren feststellte: »Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb«. Schulen sind dem Gemeinwohl verpflichtete staatliche Institutionen. Die Bevölkerung hat Anspruch darauf, dass sie von den Regierungen angemessen ausgestattet und unterstützt werden, damit sie die Bedürfnisse einer Gesellschaft befriedigen, die sie durch ihre Steuern finanziert.

Es bedarf also eines völlig anders gearteten Konzepts der Qualitätsentwicklung. Dieses muss die verschiedenen Faktoren berücksichtigen und beeinflussen, die zu einer Qualitätsverbesserung führen. Als solche Faktoren sind anzusehen:

- Die Ausbildung der Pädagog*innen,
- die personelle, räumliche und sach-

- liche Ausstattung der Schulen,
- die innere Verfasstheit der Schulen (Formen der Willensbildung, Schulklima, Schulkultur),
- Bildungspläne, die den Herausforderungen der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung genügen,
- die Qualität und Ausstattung der Unterstützungssysteme,
- der regelmäßige Austausch von Praxis und Wissenschaft,
- eine Bildungspolitik, die die Entwicklung auf den unterschiedlichen Feldern früh erkennt und Maßnahmen zu ihrer langfristigen Absicherung ergreift.

Die Versäumnisse der Bremer Bildungspolitik auf diesen Feldern sind unübersehbar, sie türmen sich seit 20 Jahren geradezu auf. Unter der Großen Koalition haben die Pflichtstundenerhöhung und der Stellenabbau die Zeit für Unterrichtsvorbereitung, Kooperation und Fortbildung extrem verkürzt, die Konzentration der Befugnisse auf die Schulleitungen hat die Konferenzen entwertet, die Streichung von Lehramts-Studiengängen und die zwischenzeitliche Kürzung der Referendariatsplätze haben direkt in den Lehrkräftemangel geführt, die Streichung der Praxislehrer-Stellen hat dem Austausch von Schule und Lehramtsausbildung geschadet, die Erhöhung des bedarfsdeckenden Unterrichts der Referendar*innen und die Stellenstreichungen am LIS haben die Bedingungen des Berufseinstiegs verschlechtert. Der Blindflug der rot-grünen Koalition mit der Auflösung der meisten Förderzentren ohne die gleichzeitige Schaffung von ausreichenden Fördermöglichkeiten an den Regelschulen und die Ausrufung der Ganztagschule ohne die entsprechenden personellen, baulichen und materiellen Voraussetzungen haben den Berg von Versäumnissen dann noch vergrößert.



*VERA-Test (Klasse 3, Mathe und Deutsch).
Da hatte ich aber Schwein,
knapp über Regelstandard,
Gymnasium.*

Es sind bildungspolitische Taten gefragt

Die gerissenen Löcher sind so groß, dass eine Anhebung der Schul- und Unterrichtsqualität zurzeit nur sehr schwer zu erreichen ist. Die meisten Schulen sind froh, wenn sie unter den vorhandenen Bedingungen den Betrieb einigermaßen regulär am Laufen halten können. Zeit und Energie für Maßnahmen zur Unterrichtsqualität, wie kollegiale Hospitationen, Fortbildung, Supervision und ausführliche inhaltliche Fachkonferenzen ist fast nirgendwo vorhanden. Und in dieser Situation kündigt die Bildungsbehörde an, sie wolle auf der Basis der vom IQHB erhobenen Daten mit den Schulleitungen »Schulentwicklungskonferenzen« durchführen. Was soll dabei herauskommen? Die Schulen brauchen keine Spiegelung der unbefriedigenden Daten, sie brauchen bildungspolitische Taten, die ihre Situation verbessern.